

Bernhard J. Georgii

Formen der Kooperation in der öffentlichen Kartellrechtsdurchsetzung im europäischen, deutschen und englischen Recht

Unter besonderer Berücksichtigung des europäischen
Settlementverfahrens gemäß Verordnung Nr. 622/2008



Nomos

Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik

herausgegeben von
Ernst-Joachim Mestmäcker,
Wernhard Möschel und
Martin Hellwig

Band 264

Bernhard J. Georgii

Formen der Kooperation in der öffentlichen Kartellrechtsdurchsetzung im europäischen, deutschen und englischen Recht

Unter besonderer Berücksichtigung des europäischen Settlementverfahrens gemäß Verordnung Nr. 622/2008



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Konstanz, Univ., Diss., 2012

ISBN 978-3-8487-0201-5

1. Auflage 2013

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meiner Familie und Bora

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist die überarbeitete Fassung meiner im April 2011 zur Erstkorrektur und im Februar 2012 zur Endabgabe an der Universität Konstanz eingereichten Promotionsschrift. Sie ist im Zeitraum von 2009 bis 2012 entstanden.

Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Jochen Glöckner, LL.M., der meine Arbeit betreut, mich schon während meinem kurzen Studienaufenthalt in Konstanz unterstützt und mich während der Bearbeitung dieser Arbeit sowie meiner Masterarbeit stets mit wertvollen Ideen und Hinweisen begleitet hat. Ferner danke ich ihm für die Erstellung des Erstgutachtens. Für die Erstellung des Zweitgutachtens danke ich Prof. Dr. Jens Koch. Danken möchte ich des Weiteren dem British Institute of International and Comparative Law in London sowie dem Centre for Competition Law & Policy der Universität Oxford, die mir ihre Forschungseinrichtungen als Visiting Fellow zur Verfügungen gestellt haben.

Ein herzlicher Dank gilt auch meinen Freunden und Kollegen, Thomas Wostry und Professor Stephen Wilks, Ph.D., für die vielen hilfreichen Anregungen, wertvollen Kontakte und die konstruktive Kritik. Ganz besonders danken möchte ich schließlich meinem Vater, Dr. Bertram Georgii für die Durchsicht dieser Arbeit, und nicht zuletzt meiner Familie sowie Bora, die mich stets unterstützt und dazu ermutigt haben, meinen Weg zu gehen.

Die mündliche Prüfung fand am 6. November 2012 unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Christoph Schönberger in Konstanz statt.

London, im November 2012

Bernhard Johannes Georgii

Inhaltsübersicht

Zusammenfassung	25
Abkürzungsverzeichnis	27
Teil 1. Einleitung	33
A. Ausgangspunkt der Arbeit	33
B. Zweck der Arbeit	35
C. Thematische Abgrenzung und begriffliche Klärung	36
D. Untersuchungsschritte	37
Teil 2. Grundlagen zum Kartellverbot im europäischen, deutschen und englischen Recht, und seiner Durchsetzung im europäischen Recht	39
A. Allgemein zum Kartellverbot im europäischen, deutschen und englischen Kartellrecht	39
B. Allgemein zur Kartellrechtsdurchsetzung nach europäischem Recht	59
Teil 3. Bisherige Verständigungsverfahren nach europäischem Recht	70
A. Verpflichtungszusagen – Art. 9 Verordnung Nr. 1/2003	70
B. Kronzeugenregelung der Kommission	86
Teil 4. Das Vergleichsverfahren der Kommission – Verordnung Nr. 622/2008	115
A. Ziel und Gang der Untersuchung	115
B. Definition	115
C. Hintergründe der Einführung	117
D. „Gewöhnlicher“ Verfahrensablauf und Nähe zur Kronzeugenregelung	121
E. Systematik und Regelwerk	123
F. Praxisbeispiele	136
G. Vorteile des Verfahrens	139
H. Bedenken und Unzulänglichkeiten	144
I. Die Reaktionen der Industrie während des Konsultationsverfahren	175

J. Zwischenergebnis: Weitere Formalisierung – Rückschritt oder Fortschritt?	176
Teil 5. Formen der Kooperation nach deutschem Recht	178
A. Einleitung	178
B. Verpflichtungszusagen im Rahmen des Kartellverwaltungsverfahrens	178
C. Formen der einvernehmlichen Verfahrensbeilegung im Kartellordnungswidrigkeitenverfahren	189
D. Der Verwaltungsvertrag: Alternative zur einseitigen Verfahrensbeilegung?	249
Teil 6. Formen der Kooperation nach englischem Recht	256
A. Einleitung	256
B. Verpflichtungszusagen nach englischem Recht – „Commitment Decisions“	256
C. Die Kronzeugenregelung nach englischem Recht – „Leniency Programme“	277
D. Settlement-Verfahren nach englischem Recht	294
Teil 7. Rechtsvergleich und Lösungsansätze	320
A. Vergleich der Verpflichtungszusagen	320
B. Vergleich der Kronzeugen- und Bonusregelungen	323
C. Vergleich der Settlement- und Vergleichsverfahren	326
Teil 8. Schlussbetrachtung und Thesen	333
Anlagen	335
Literaturverzeichnis	343
Materialienverzeichnis	361

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	25
Abkürzungsverzeichnis	27
Teil 1. Einleitung	33
A. Ausgangspunkt der Arbeit	33
B. Zweck der Arbeit	35
C. Thematische Abgrenzung und begriffliche Klärung	36
D. Untersuchungsschritte	37
Teil 2. Grundlagen zum Kartellverbot im europäischen, deutschen und englischen Recht, und seiner Durchsetzung im europäischen Recht	39
A. Allgemein zum Kartellverbot im europäischen, deutschen und englischen Kartellrecht	39
I. Die Wettbewerbsregeln des europäischen Rechts	39
1. Allgemein zum Kartellverbot des Art. 101 Abs. 1 AEUV	40
a) Geltungsbereich des Art. 101 AEUV	41
b) Die Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 101 Abs. 1 AEUV	41
c) Mögliche Freistellungen vom Kartellverbot	43
d) Rechtsfolgen eines Verstoßes	44
2. Missbrauchsverbot des Art. 102 AEUV	45
II. Die Wettbewerbsregeln des deutschen Rechts	46
1. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen: Das Kartellverbot des § 1 GWB	46
a) Tatbestandsvoraussetzungen des § 1 GWB	47
b) Rechtsfolgen	48
2. Wettbewerbsbeschränkendes Verhalten: Das Missbrauchsverbot des § 19 GWB	49
III. Die Wettbewerbsregeln des englischen Rechts	49
1. Historie und Hintergründe	50
2. Allgemein zum Kartellverbot des Chapter I	52
a) Tatbestandsvoraussetzungen	52
b) Anwendungsbereich	53
c) Rechtsfolgen	54

d) Zuständigkeiten	54
aa) Derzeitige Zuständigkeiten	54
bb) Reformvorschläge	57
3. Allgemein zum Missbrauchsverbot des Chapter II	58
B. Allgemein zur Kartellrechtsdurchsetzung nach europäischem Recht	59
I. Private Durchsetzung	59
1. Grundlagen zur privaten Durchsetzbarkeit im europäischen Recht	59
2. Private Durchsetzung nach deutschem Recht	62
a) Bindung an die Entscheidungen der Kommission	63
b) Bindung an die Entscheidungen der in- und ausländischen Behörden	63
3. Private Durchsetzung nach englischem Recht	64
4. Spannungen zwischen privater und öffentlicher Durchsetzung	66
II. Behördliche Durchsetzung	67
1. Die Kartelldurchsetzungsverordnung: Verordnung Nr. 1/2003	67
2. Die Ausführungsverordnung: Verordnung Nr. 773/2004	69
Teil 3. Bisherige Verständigungsverfahren nach europäischem Recht	70
A. Verpflichtungszusagen – Art. 9 Verordnung Nr. 1/2003	70
I. Ziel und Zweck von Verpflichtungszusagen im europäischen Kartellverfahrensrecht	70
II. Systematik	71
1. Voraussetzungen zum Zustandekommen einer Verpflichtungszusage	71
2. Verfahren bis zum Erlass einer Verpflichtungsverfügung	72
a) Absicht zum Erlass einer Abstellungsentscheidung	72
b) Verpflichtungsangebote der betroffenen Unternehmen	73
3. Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten gemäß Art. 27 Abs. 4 der Verordnung Nr. 1/2003	75
4. Die Verpflichtungsentscheidung der Kommission	75
III. Rechtswirkung einer Verpflichtungsentscheidung	77
IV. Durchsetzbarkeit von Verpflichtungsentscheidungen	79
V. Rechtsschutz im Zusammenhang mit Verpflichtungsentscheidungen: Das <i>Alrosa v. Kommission</i> Urteil des EuGH	80
1. Verhältnismäßigkeit gegeben	81
2. Keine Missachtung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	82
VI. Die Auswirkungen von <i>Alrosa v. Kommission</i>	83
VII. Verpflichtungszusagen im Verhältnis zu weiteren Verständigungsmöglichkeiten	85

VIII. Ergebnis	86
B. Kronzeugenregelung der Kommission	86
I. Hintergründe zum Prinzip „Kronzeugenregelung“	87
1. Definition und Anwendungsbereich	87
2. Verankerung in der Wirtschaftstheorie: Gefangenendilemma	88
II. Rechtsnatur der Kronzeugenmitteilung und Mitteilungen der Kommission im Allgemeinen	89
III. Entwicklungen	91
IV. Regelwerk und Methodik	92
1. Voraussetzungen und Verfahren für den vollständigen Erlass der Geldbuße	93
a) Voraussetzungen	93
b) Verfahren	94
aa) Der Marker	95
bb) Der vollständige Antrag	96
cc) Schriftliche Benachrichtigungen der Unternehmen	96
2. Voraussetzung und Verfahren für die Reduktion der Geldbuße	97
a) Voraussetzung	97
aa) Information mit „erheblichem Mehrwert“	98
bb) Höhe der Ermäßigung	98
b) Verfahren	100
3. Verbesselter Schutz des Geheimhaltungsinteresse der Kronzeugen	101
V. Unzulänglichkeiten der europäischen Kronzeugenregelung	102
1. Rechtmäßigkeit der Kronzeugenregelung	102
2. Fehlende Harmonisierung der nationalen Kronzeugenregelungen	105
3. Umsetzungsschwierigkeiten des Prioritätsprinzips	108
VI. Die Kronzeugenregelung und private Kartellrechtsdurchsetzung	109
VII. Die Kronzeugenregelung im Verhältnis zu weiteren Verständigungsverfahren	111
1. Kronzeugenregelung und Verpflichtungszusagen	111
2. Kronzeugenregelung und Vergleichsverfahren	111
VIII. Zweckdienlichkeit zur einvernehmlichen Verfahrensbeendigung und ökonomische Untersuchungen	112

Teil 4. Das Vergleichsverfahren der Kommission – Verordnung Nr. 622/2008	115
A. Ziel und Gang der Untersuchung	115
B. Definition	115
C. Hintergründe der Einführung	117
I. Entwicklungen	117
II. Anstieg der Zahl von Beschwerdeverfahren gegen Entscheidungen der Kommission	118
III. Anstieg der Höhe von Bußgeldern	119
IV. Die Haupteffizienzziele des Vergleichsverfahrens	120
D. „Gewöhnlicher“ Verfahrensablauf und Nähe zur Kronzeugenregelung	121
I. Die Regelungen der Verordnung 773/2004	121
II. Ansatzpunkte des Vergleichsverfahrens	122
III. Verhältnis zur Kronzeugenregelung der Kommission	122
E. Systematik und Regelwerk	123
I. Anwendungsbereich	123
II. Aufbau und Regelungen der Verordnung 622/2008	124
1. Grundlagen	124
2. Ermittlungen und Untersuchungen	125
3. Vorüberlegungen	125
4. Einleitung des Verfahrens	126
a) Feststellung des Interesses der Unternehmen an einem Vergleichsverfahren	126
b) Zeitfenster für letzte Kronzeugenanträge	127
5. Vergleichsgespräche: Keine „direkten“ Verhandlungen	127
6. Vergleichsausführungen betroffener Unternehmen	129
7. Mitteilung der Beschwerdepunkte	130
a) Verkürzte Mitteilung der Beschwerdepunkte	130
b) Bestätigung durch das Unternehmen	131
c) Einseitiges Abbrechen des Vergleichsverfahrens	132
8. Entscheidung der Kommission	132
a) Entscheidung	132
b) Bußgeldfestsetzung und der 10%-Erlaß	133
9. Zusätzliche Regelungen	134
a) Vertraulichkeit	134
b) Zusammenarbeit im Rahmen des ECN	135
c) Zusammenarbeit mit einzelstaatlichen Gerichten	135

F. Praxisbeispiele	136
I. DRAM Computerchips	136
1. Hintergründe und Entscheidung	136
2. Bewertung	136
II. Tierfutter-Kartell	137
1. Hintergründe und Entscheidung	137
2. Bewertung	138
III. Kühlkompressoren-Kartell	138
1. Hintergründe und Entscheidung	138
2. Bewertung	139
IV. Fazit zur bisherigen Praxiserfahrung	139
G. Vorteile des Verfahrens	139
I. Vorteile für die Kommission	139
II. Vorteile aus Unternehmenssicht	141
III. Vorteile und Bedenken im Rahmen der ökonomischen Analyse	142
H. Bedenken und Unzulänglichkeiten	144
I. Die Kommission im Zwiespalt ihrer Aufgaben	144
II. Hybridfälle	146
1. Grundproblem des Vergleichs: Verhandlungsunwillige Kartellisten	146
a) Hauptkartellisten	147
b) Kartellisten in Randpositionen	147
2. Verfahrensrechtliche Lücken und Schwierigkeiten	148
a) Anhörung der vergleichenden und nicht vergleichenden Unternehmen	148
b) Schwierigkeiten mit Hinblick auf spätere Verfahren	149
3. Klarstellungsbedarf	150
III. Rechtsgrundsätze und Verfahrensgarantien und das Vergleichsverfahren	150
1. Allgemein zu Verteidigungsrechten, Grundrechten und der Anwendbarkeit der EMRK	151
a) Sekundärrecht	152
b) Rechtsprechung der europäischen Gerichte	152
c) Die EMRK	153
d) Die Grundrechtscharta	154
2. Verteidigungsrechte im Rahmen des Vergleichsverfahren: Rechtliches Gehör und Akteneinsichtsrechte	155
a) Rechtliches Gehör	155
b) Recht auf Akteneinsicht	156
c) Gewährleistung des rechtlichen Gehörs und Akteneinsicht im Vergleichsverfahren	157

3. Fazit	160
IV. Reduzierter Wert der Rechtsbehelfe gegen die Entscheidungen der Kommission	160
1. Allgemein zu Rechtsmittelverfahren vor den Unionsgerichten	161
2. Problematik des Schuldeingeständnisses im Hinblick auf Rechtsmitteleinlegung	161
V. Fehlende oder inadäquate Anreize	163
1. Unvorhersehbarkeit der Höhe der Bußgeldbeträge	163
2. Die geringe Reduktion von 10%	166
3. Fehlender Anreiz für Kronzeugen?	169
VI. Weitere Unzulänglichkeiten der Regelung	170
1. Haftung im Konzernverbund – Der gemeinsame Vertreter	170
a) Allgemein zur bußgeldrechtlichen Haftung im Konzernverbund	170
b) Resultierende Schwierigkeiten im Vergleichsverfahren	172
2. Die Möglichkeit privatrechtlicher Follow-on-Klagen	173
I. Die Reaktionen der Industrie während des Konsultationsverfahren	175
J. Zwischenergebnis: Weitere Formalisierung – Rückschritt oder Fortschritt?	176
Teil 5. Formen der Kooperation nach deutschem Recht	178
A. Einleitung	178
B. Verpflichtungszusagen im Rahmen des Kartellverwaltungsverfahrens	178
I. Überblick	178
II. Darstellung der Regelung der Verpflichtungszusagen im GWB	179
1. Voraussetzungen und Verfahren	179
a) Feststellung eines Verstoßes und rechtliche Beurteilung	179
b) Verpflichtungsangebote	181
c) Verfahren	181
2. Wirkung der Verpflichtungsverfügung	182
a) Wirkung	182
b) Bindung der Gerichte	183
3. Rechtssicherheit und Wiederaufnahme von Verfahren	184
III. Rechtliche Bedenken gegen Verpflichtungszusagen	184
1. Rechtsschutz gegen Verpflichtungsverfügungen	184
2. Ordnungspolitische Risiken	186
IV. Würdigung	186
1. Vorteile dieser Regelungsmethode	186
2. Nachteile der Regelung	187
3. Alternative Regelungsmöglichkeiten	188

V. Ergebnis	188
C. Formen der einvernehmlichen Verfahrensbeilegung im Kartellordnungswidrigkeitenverfahren	189
I. Bonusregelung / Kronzeugenregelungen	189
1. Überblick	189
2. Hintergründe zum Prinzip „Kronzeugenregelungen“	191
a) Definition und Anwendungsbereich	191
3. Historische Entwicklung der Regelung im deutschen Kartellrecht	192
4. Systematik und Regelwerk	192
a) Erlass der Geldbuße	193
aa) Vor Beginn der Durchsuchungen – Rn. 3	193
bb) Nach Beginn der Durchsuchungen – Rn. 4	194
cc) Weitere Reduktionen	195
dd) Kooperationspflichten	196
b) Der Marker	197
c) Die Zugangsbestätigung und Zusicherung	199
d) Vertraulichkeit	199
5. Verfassungsrechtliche/rechtsstaatliche Bedenken: Rechtmäßigkeit	201
a) Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	201
b) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	202
c) Gleichbehandlungsgrundsatz	203
6. Berechenbarkeit	203
7. Staatliches „Paktieren“ mit ordnungswidrig handelnden Unternehmen?	205
8. Fallpraxis: Das Zementzulieferer-Kartell 2003 und die Rechtsprechung des OLG Düsseldorf	205
9. Schlussfolgerungen zur Bonusregelung	207
a) Nicht erfasste vertikale Kartellabsprachen	207
b) Aufnahme einer Selbstanzeigeregelung in das GWB? Beispiele aus dem Steuerstrafrecht.	208
c) Auswirkungen für die Unternehmen – zivil- und strafrechtliche Folgen	210
10. Ergebnis	213
II. Settlements oder der „einvernehmliche Bußgeldbescheid“	214
1. Überblick	214
2. Grund und Ziel der Untersuchung	216
3. Systematik	216
a) Zeitpunkt des Settlements	216
b) Rechtsgrundlage und Beweiswürdigung	217

c) Beschuldigungsschreiben	218
d) Stellungnahme, informelle Gespräche und das „Geständnis“	219
e) Möglichkeit des Einspruchs	220
f) Der erforderliche Feststellungsumfang	221
g) Die gewöhnliche Bußgeldreduktion von 10%	222
h) Der verkürzte Bußgeldbescheid	222
4. Problematik: Der Rechtsmittelverzicht	223
5. Vor- und Nachteile des Verfahrens für die Beteiligten	224
a) Vorteile und Nachteile für die betroffenen Unternehmen	224
aa) Vorteile	224
bb) Nachteile	225
b) Vorteile für das Bundeskartellamt	227
6. Praxisbeispiele	228
a) Werbezeitenvermarkter	228
b) Ciba Vision	230
c) Phonak	230
d) Weitere Fallbeispiele	231
aa) Konsumgüter-Kartell	231
bb) Feuerwehrfahrzeug-Kartell	231
7. Würdigung des deutschen Settlement Verfahrens	231
8. Ergebnis	233
III. Der „Deal“ im Strafverfahren	234
1. Ziel und Grund der Untersuchung	234
2. Überblick und historische Hintergründe	234
3. Anwendbarkeit mutatis mutandis im gerichtlichen Kartellverfahren	236
a) Im Beschwerdeverfahren gem. §§ 63 ff. GWB	236
b) Beim Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid gem. § 67 OWiG	237
4. Anwendbarkeit mutatis mutandis im Verfahren vor den Kartellbehörden	238
5. Dogmatische Auslegung und Anwendbarkeit	239
a) Verschiedenheiten und Analogien der Ziele des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts	239
b) Der Opportunitätsgrundsatz	241
c) Hinweise im OWiG auf eine Anwendbarkeit	242
6. Anwendbarkeit im Kartellrecht	242
7. Systematik	242
a) Der § 257c StPO – Zustandekommen einer Verständigung	242
b) Nichtanwendbarkeit und Beschränkung einzelner Regelungen im Ordnungswidrigkeitenrecht	243

8. Problematik und Bedenken	244
a) Grundsätze des Rechtsstaates	244
aa) Legalitätsprinzip und Opportunitätsgrundsatz	244
bb) Öffentlichkeitsgrundsatz	245
b) Verfassungsrechtliche Bedenken	246
c) Dogmatische Bedenken: ein Handel mit der Gerechtigkeit?	246
9. Bedeutung für das Kartellverfahrensrecht und Würdigung	247
a) Prozessökonomie	247
b) Die Gefahr privatrechtlicher Follow-on-Klagen?	248
10. Ergebnis	249
D. Der Verwaltungsvertrag: Alternative zur einseitigen Verfahrensbeilegung?	249
I. Überblick	249
1. Ziel der Untersuchung	250
2. Grund der Untersuchung	250
II. Rechtliche und dogmatische Zulässigkeit eines Vertrages im Kartellverwaltungsverfahren	251
1. Anwendungsbereich und Grundvoraussetzungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages	251
a) Grundvoraussetzungen der Zulässigkeit einer vertraglichen Einigung: Keine entgegenstehenden Vorschriften	252
b) Die erforderliche Regelungslücke	252
2. Alternative zur Verpflichtungszusage: der öffentlich- rechtliche Zusagenvertrag	253
III. Effizienz der alternativen Regelung	253
IV. Moralische Bedenken und Zulässigkeit	254
V. Ergebnis	255
Teil 6. Formen der Kooperation nach englischem Recht	256
A. Einleitung	256
B. Verpflichtungszusagen nach englischem Recht – „Commitment Decisions“	256
I. Allgemein zu Verpflichtungszusagen im englischen Recht	256
II. Systematik	257
1. Gesetzliche Grundlage	257
2. Voraussetzungen für die Annahme von Commitment Decisions	258
3. Verfahren	259
4. Veränderungen und Aufhebung von Commitment Decisions	261
5. Natur der Commitment Decisions	261
6. Rechtswirkung einer Commitment Decision	262

7. Durchsetzbarkeit einer Commitment Decision	262
III. Rechtliche Bedenken gegen Verpflichtungszusagen	263
1. Rechtsschutz im Zusammenhang mit Commitment Decisions	263
a) Achtung des Anspruches auf rechtliches Gehör	263
b) Verhältnismäßigkeit der Zusagen	264
2. Ordnungspolitische Risiken	265
IV. Praxisbeispiele	265
1. TV Eye Ltd.	265
a) Hintergründe	265
b) Die Untersuchung sowie die wettbewerbsrechtlichen Bedenken des OFT	266
c) Die vereinbarten Verpflichtungszusagen	266
d) Bewertung der Zusagen durch das OFT	267
2. Associated Newspapers Ltd.	268
a) Hintergründe	268
b) Die wettbewerbsrechtlichen Bedenken des OFT	269
c) Die vereinbarten Verpflichtungszusagen	269
d) Die Bewertungen der Zusagen durch das OFT	270
3. SP Manweb Plc.	270
a) Hintergründe	271
b) Die vereinbarten Verpflichtungszusagen	271
c) Unterschiede im weiteren Verfahrensablauf zur Praxis des OFT	272
V. Würdigung der Regelungsmethode im englischen Recht	272
1. Fehlende Nutzung von Verpflichtungszusagen in der Praxis des OFT	272
2. Gründe für die seltene Nutzung von Verpflichtungszusagen durch das OFT	274
VI. Ergebnis	277
C. Die Kronzeugenregelung nach englischem Recht – „Leniency Programme“	277
I. Überblick	277
II. Systematik und Regelwerk	278
1. Type A und B Immunity, Type B und C Leniency	278
a) Type A Immunity	279
aa) Verfügbarkeit von Type A Immunity	279
bb) Informationsanforderungen zum Erhalt des Type A Markers	280
cc) Zeitgleiche Anträge zweier oder mehrerer Unternehmen	280
dd) Parallelanträge vor OFT und Kommission	281
ee) Erlöschen der Verfügbarkeit von Type A Immunity	282

b) Type B Immunity	282
aa) Informationsanforderungen zum Erhalt des Type B Markers	282
bb) Erlöschen der Verfügbarkeit von Type B Immunity	283
c) Type B und C Leniency	283
aa) Beweisanforderung und Ermessen des OFT	283
bb) Bußgeldreduktion in Type B und C Leniency	284
d) Befreiung von strafrechtlicher Verfolgung: Criminal Immunity	284
aa) Verfügbarkeit	285
bb) Problematik für Unternehmen	285
e) Zusätzliche Pflichten der Antragsteller	286
aa) Kooperationspflichten	286
bb) Weiterführen der Kartellaktivität	287
cc) Tipping-off	287
f) Nutzung erlangter Beweismittel und Schutz des Geheimhaltungsinteresses	288
aa) Nutzung erlangter Beweismittel	288
bb) Schutz des Geheimhaltungsinteresse	289
2. Leniency Plus	290
III. Rechtsschutz und Verfahrensrechte	291
IV. Würdigung	291
1. Vorteile aus Unternehmens- und Behördensicht	291
2. Bedenken gegen das Leniency-Programm nach englischem Rechts-verständnis	291
a) Das Leniency-Programm und Settlement-Verfahren	291
b) Die „genuine intention to confess“	292
c) Unzulänglichkeiten der „pre-marker internal investigations“ Anforderung	292
3. Schwierigkeiten durch privatrechtliche „follow-on“-Klagen	293
V. Ergebnis	294
D. Settlement-Verfahren nach englischem Recht	294
I. Ziel der Untersuchungen	294
II. Allgemein zu Settlement-Verfahren nach englischem Recht	295
III. Definition und begriffliche Abgrenzung	297
1. Definition von Settlements	297
2. Abgrenzung zum „Fast Track Procedures“-Verfahren	297
IV. Angemessenheit eines Settlements	298
V. Systematik des Settlement-Verfahrens	299
1. Ausgangspunkt	300
2. Zeitpunkt der Verhandlungen	301
3. Ablauf und Inhalt der Verhandlungen	301

4. Praxisbeispiele von Settlement-Verfahren	302
a) Independent Schools	302
aa) Hintergründe	302
bb) Das Settlement-Verfahren	303
cc) Bewertung	304
b) British Airways	305
aa) Hintergründe und das Settlement-Verfahren	305
bb) Bewertung	307
c) Dairy Products	307
aa) Hintergründe	307
bb) Das Settlement-Verfahren	307
cc) Bewertung	308
d) Tobacco	309
aa) Hintergründe und das Settlement-Verfahren	309
bb) Bewertung	309
VI. Das „Fast Track“-Verfahren	310
1. Das Construction Industry-Kartell – ein Praxisbeispiel	310
2. Einspruchsverfahren vor dem CAT	312
VII. Vorteile und Unzulänglichkeiten von Settlements aus Behörden- und Unternehmenssicht	313
1. Flexibilität und Möglichkeit für Ressourcenersparnisse	313
2. Settlements und Leniency	314
3. Abschreckungswirkung	315
4. Hybridverfahren	316
5. Kumulative Bußgeldreduktion, Höhe der Reduktion und Anhebung des Bußgeldes bei Einspruch	316
6. Die mögliche Verletzung von Verfahrensrechten	317
7. Privatrechtliche Folgeklagen	318
VIII. Ergebnis	319
Teil 7. Rechtsvergleich und Lösungsansätze	320
A. Vergleich der Verpflichtungszusagen	320
I. Rechtsstrukturelle Ähnlichkeiten	320
II. Unterschiede in der Anwendungshäufigkeit und Lösungsansätze	321
III. Reformvorschläge	322
B. Vergleich der Kronzeugen- und Bonusregelungen	323
I. Rechtsstrukturelle Unterschiede und Ähnlichkeiten	323
II. Optimierungsmöglichkeiten	325
1. Vertikale Absprachen	325
2. Weitere Harmonisierung im Rahmen des ECN	325
3. Automatisches Settlement-Angebot für Kronzeugen	326

C. Vergleich der Settlement- und Vergleichsverfahren	326
I. Vergleich im Grundansatz	326
1. Ähnliche Kernziele	327
2. Unterschiede der Systematik	328
3. Unterschiedliche Bußgeldreduktionen	330
II. Flexibilitätsunterschiede	331
III. Lösungsansätze	331
Teil 8. Schlussbetrachtung und Thesen	333
Anlagen	335
Literaturverzeichnis	343
Materialienverzeichnis	361

Die vorliegende Arbeit untersucht die verschiedenen Formen der Kooperation in öffentlichen Kartellrechtsdurchsetzungsverfahren auf europäischer, deutscher und englischer Ebene. Dabei werden insbesondere die Verpflichtungsverfahren, die Bonusregelungen sowie die jüngeren Settlement-Verfahren untersucht und verglichen.

Ziel dieser Untersuchung ist, fest zu stellen, ob die einzelnen Verfahren einer effektiveren Durchsetzung zuträglich sind oder dieser eher schaden, z.B. weil das entsprechende Verfahren durch die jeweilige Behörde zu unflexibel umgesetzt und genutzt wird. Wichtig ist dabei jedoch auch die Sicht der betroffenen Unternehmen und somit wird diese in allen Untersuchungsabschnitten berücksichtigt.

Im Rahmen der Untersuchung wird deshalb ferner auf privatrechtliche Kartellrechtsdurchsetzungsverfahren eingegangen, da diese häufig in einem Spannungsverhältnis zu den oben genannten Verfahren stehen.

Im Ergebnis zeigt die Untersuchung, dass die Europäische Kommission, das BKartA und das OFT über ähnliche Verfahren verfügen, die größtenteils sehr effektiv eingesetzt werden, in mancher Hinsicht aber verbessert werden könnten. Der Vergleich der drei Rechtssysteme, der dieser Arbeit zu Grunde liegt, macht zudem deutlich, welche Aspekte der Systeme sinnvoller Weise reformiert werden sollten, nicht nur, um mehr Harmonisierung zu erreichen, sondern vielmehr um die einzelnen Verfahren zu stärken. Allein durch die Entwicklung des europäischen Settlement-Verfahrens und der entsprechenden Pendanten in Deutschland und England, hat die Kartellrechtsdurchsetzung in Europa jedoch große Schritte nach vorne gemacht.

Entstanden ist diese Arbeit durch die Aufarbeitung und Untersuchung bestehender Abhandlungen zu verwandten Themen sowie durch Erfahrungen aus meiner persönlichen anwaltlichen Tätigkeit in Großbritannien. Zudem wurden wertvolle Anhaltspunkte durch eine Vielzahl von persönlichen Gesprächen mit Professoren in England, hochrangigen Vertretern des OFTs, des CCs und des BKartAs gesammelt sowie durch Erfahrungsberichte von deutschen und englischen Anwälten, die selbst Unternehmen in den entsprechenden Verfahren vertreten haben, gewonnen.

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Amtsgericht
AO	Abgabenordnung vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 613), i.d.F. vom 1. 10. 2002 (BGBl. I S. 3866)
ÄndVO	Änderungsverordnung
ArchR	Archiv des öffentlichen Rechts (ehemals, bis 1911, Archiv für öffentliches Recht)
Art.	(der, die) Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BB	Betriebs-Berater – Zeitschrift für Recht, Steuern und Wirtschaft (Zeitschrift)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BKartA	Bundeskartellamt
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BT-Drucks.	Bundestags Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CA	Competition Act
CAA	UK Civil Aviation Authority
CAT	Competition Appeal Tribunal
CC	Competition Commission
C.L.I.	Competition Law International (Zeitschrift)
C.M.L. Rev.	Common Market Law Review (Zeitschrift)
COM	(European) Commission
Comp. L.J.	Competition Law Journal (Zeitschrift)
DAJV	Deutsch-Amerikanische Juristen-Vereinigung
ders.	derselbe

dies.	dieselbe, dieselben
Diss.	Dissertation
DoJ	Department of Justice
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
EA	Enterprise Act
Ebda.	Ebenda, wie vorgenannt
E.C.J.	European Competition Journal (Zeitschrift)
E.C.L.R.	European Competition Law Review (Zeitschrift)
E.L.Rev.	European Law Review (Zeitschrift)
ECN	European Competition Network
Ed.	Edition
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (Fassung Nizza 2001)
EMRK	Europäische Konvention für Menschenrechte
EU	Europäische Union, bzw. in Verbindung mit einem Artikel Bezeichnung für den Vertrag über die Europäische Union in der Fassung von Nizza (2001)
EUI	European Institut
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Europ. J. Law Econ.	European Journal of Law and Economics (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union, in Verbindung mit einem Artikel Bezeichnung für den Vertrag über die Europäische Union in der Fassung von Lissabon (2009)
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f.	folgende (Seite)
ff.	folgende(n) (Seiten)
FK	Frankfurter Kommentar
FKVO	Fusionskontrollverordnung
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GAR	Global Antitrust Review (Zeitschrift)
G.C.L.R.	Global Competition Litigation Review (Zeitschrift)
G.C.R.	Global Competition Review (Zeitschrift)

Geo. Wash. L. Rev.	The George Washington Law Review (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949, BGBI. S. 1
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Hrsg.	Herausgeber
h.M.	herrschende Meinung
Hs.	Halbsatz
IACS	International Association of Classification Society Ltd.
I.C.L.Q.	International Competition Law Quarterly (Zeitschrift)
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
ICN	International Competition Network
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law (Zeitschrift)
Int. J. Ind. Organ.	International Journal of Industrial Organization (Zeitschrift)
J.B.L.	Journal of Business Law (Zeitschrift)
J.C.M.S.	Journal of Common Market Studies (Zeitschrift)
J.L.E.	Journal of Law and Economics (Zeitschrift)
J.L.E.O.	Journal of Law, Economics, and Organization (Zeitschrift)
J.P.E.	The Journal of Political Economy (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
KK	Karlsruher Kommentar
lit.	Buchstabe
LVM	Limburgse Vinyl Maatschappij
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	Neue Fassung

NHS	National Health Service
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
OECD	Organisation for Economic Co-ordination and Development (dt.: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OEM	Original Equipment Manufacturer (dt.: Originalausstatter)
OFGEM	UK Office of Gas & Electricity Markets
OFT	Das englische Office of Fair Trading
OLG	Oberlandesgericht
ORF	Österreichischer Rundfunk
ORR	Office of Rail Regulation
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Rdnr.	Randnummer
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (Zeitschrift)
ReD	Recht der Energiewirtschaft (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rz.	Randziffer
S.	Seite
s.	siehe
Slg.	Sammlung
StA	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
Tz.	Textziffer
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review (Zeitschrift)
UCB	Union Chimique Belge
v.	versus, gegen
VerfVO	Verfahrensverordnung
Vgl.	vergleiche
VO	Verordnung

VO 1/2003	Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrages niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. Nr. L 1 v. 04. 01. 2003, S. 1 ff.)
VO 622/2008	Verordnung (EG) Nr. 622/2008 der Kommission vom 30. Juni 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 773/2004 hinsichtlich der Durchführung von Vergleichsverfahren in Kartellfällen (ABl. Nr. L 171/3 v. 01.07.2008, S. 3 ff.)
VO 773/2004	Verordnung (EG) Nr. 773/2004 der Kommission vom 7. April 2004 über die Durchführung von Verfahren auf der Grundlage der Artikel 81 und 82 EG-Vertrag durch die Kommission (ABl. Nr. L 123/18 v. 27.4.2004, S. 18 ff.)
Vol.	Volume
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Zeitschrift)
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (Zeitschrift)
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht (Zeitschrift)

